



Deutscher Bundestag  
Kommission zur Wahrnehmung  
der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

**Kommissionsdrucksache**  
**17. Wahlperiode**  
**17/16**

Berlin, 13. Juni 2012

**Nicole Bracht-Bendt, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-30551  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

**Dienstgebäude:**  
Paul-Löbe-Haus  
Konrad-Adenauer-Str. 1  
10117 Berlin

**Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Jugendliche gestalten Freizeit“**

Jugendpolitik stand in der politischen Debatte in den zurückliegenden Jahren eher am Rande. Für Spielplätze zu alt, für Angebote für Erwachsene zu jung – da bleibt für viele nur die große Langeweile. Die Kinderkommission hat sich dem angenommen und einen Diskurs über die Interessen, Anliegen und Wünsche der 12- bis 18-Jährigen für ihre Freizeitgestaltung angestellt.

Jugendliche sind eine sehr heterogene Gruppe mit individuell ganz unterschiedlichen Vorlieben und Interessen. Die Bandbreite reicht vom Skaten oder Bolzen auf dem Fußballplatz und dem zwanglosen Beisammensein mit Freunden über ehrenamtliches Engagement im Sport- oder Musikverein, bei Jugendfeuerwehren, Rettungsdiensten oder politischen Jugendorganisationen bis hin zu Jugendlichen, die in ihrer Freizeit künstlerische und kulturelle Angebote wahrnehmen.

Das Streben nach Autonomie und Eigenständigkeit sowie Freiräume, um sich auszuprobieren, spielen eine zentrale Rolle für ein gesundes Erwachsenwerden und die Identitätsentwicklung im Jugendalter. Jugendpolitik muss dieses Streben nach Autonomie im Blick haben, Jugendliche positiv stärken und ihnen öffentliche Räume und Freiräume bieten, um sich zu entfalten. Viele Jugendliche sind in einem hohen Maße aktiv und wollen sich engagieren. Statt sie durch Verbote und Bevormundung zu bremsen, muss es darum gehen, ihnen Gelegenheit zu geben, Verantwortung zu übernehmen und ihre Fähigkeiten einzubringen.

Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention verbürgt das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung und verpflichtet Deutschland, für die Bereitstellung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für kulturelle und künstlerische Betätigung sowie aktive Erholung



und Freizeitbeschäftigung Sorge zu tragen. Das ist Handlungsauftrag für Bundes-, Landes- und kommunale Ebene zugleich.

### **Für mehr altersgerechte Aktionsflächen vor Ort**

In vielen Kommunen sind altersgerechte freie Aktionsflächen und Orte, an denen Jugendliche ausdrücklich erwünscht sind, Mangelware. In den Expertengesprächen der Kinderkommission wurde deutlich, dass Jugendliche in Innenstädten als tendenziell störend empfunden werden und sie und ihre Aktivitäten an eher abgelegene Orte am Stadtrand verdrängt werden. Jugendliche gehören aber ebenso in die Innenstädte wie alle anderen Altersgruppen. Für ein funktionierendes und gleichberechtigtes Miteinander müssen die unterschiedlichen Ansprüche jeder Generation gesehen und zu einem Ausgleich gebracht werden.

Jugendliche brauchen feste Orte, an denen sie sich aufhalten, ihren Interessen nachgehen und Freunde treffen können. Dafür brauchen sie neben Jugendzentren speziell zur Verfügung gestellte Flächen ebenso wie Brachflächen und Resträume. Innenstadtnahe Flächen sind ebenso wichtig wie abgelegene, wo sie im Hinblick auf die Geräuschkulisse weniger Rücksicht auf andere nehmen müssen. Zugleich haben Jugendliche großes Interesse an Orten und Plätzen, die an sich anders genutzt werden. Die Stadt Frankfurt am Main hat das aufgegriffen und positive Erfahrungen damit gemacht, die Treppe vor der Oper außerhalb von Vorstellungs- und Öffnungszeiten zeitweise für Skater zu öffnen. Weitere Aufenthaltsorte können durch die Ergänzung bestehender Sport- und Freizeitanlagen durch informelle Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten entstehen. Außerdem suchen sich Jugendliche selber Nischen und Resträume, auch eine Zwischennutzung von Brachflächen ist denkbar.

Jugendliche sind „Experten in eigener Sache“ mit einem hohen Maß an Ideenreichtum. Daher ist ihre Beteiligung nicht nur schmückendes Beiwerk, sondern ein fachlicher Beitrag bei der Planung von Freizeitflächen und bei der Suche nach innovativen Lösungskonzepten. Diese Beteiligung führt zu einer stärkeren Identifikation mit dem Projekt, einem höheren Grad an Zufriedenheit und Akzeptanz. Daher lohnt es sich, ihre Interessen und Wünsche zum Ausgangspunkt der Planungen zu machen. Zusätzlich sind Kommunen „Keimzellen der Demokratie“, daher ist es entscheidend, junge Menschen früh an demokratische Entscheidungsprozesse heranzuführen, durch die sie erleben, dass sich ihr Einsatz lohnt.

Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die sich verwaltungsintern durch eine fachbereichs- und ressortübergreifende Zu-



sammenarbeit optimieren lässt. Herausforderung bei der Beteiligung Jugendlicher sind die Zeitintensität und Komplexität von Planungsverfahren. Daher sind die Verantwortlichen in der Pflicht, diese Verfahren soweit möglich zu optimieren und transparent zu gestalten.

Für eine gelungene Beteiligung ist die Spielleitplanung der Stadt Langen beispielhaft. Hier wurden von Beginn an alle Generationen einbezogen: Kinder und Jugendliche, Eltern und Senioren. Gestaltet wurde ein Park mit Freizeitangeboten, der allen offen steht. In Kooperation mit der Wirtschaft wurde ein Jugendzentrum mit Forscherlabor gebaut. Auch im Rahmen des Forschungsprojekts „Jugend bewegt Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde die Partizipation von Jugendlichen als Instrument der Stadtentwicklung untersucht und die wichtigsten Erkenntnisse zusammengetragen.

Die Kinderkommission:

- fordert die Verantwortlichen in den Kommunen auf zu prüfen, wie dauerhafte Strukturen etabliert werden können, durch die Jugendliche möglichst frühzeitig aktiv bei sie betreffenden Projekten beteiligt sind, damit Beteiligung zum Planungsprinzip wird;
- fordert die Kommunen auf, Planungsabläufe, die Jugendliche betreffen, für sie transparent zu machen und zeitlich zu optimieren;
- regt an, bei jugendpolitischen Belangen die fachbereichs- und ressortübergreifende Kooperation innerhalb der Verwaltung zu verbessern, ebenso wie die Kooperation mit Interessenvertretungen der Jugendlichen;
- fordert die Qualifizierung der kommunalen Verwaltung und Politik über Maßnahmen zur Beteiligung von Jugendlichen in ihrer Kommune;
- befürwortet die Vergabe eines Preises für die jugendfreundlichste Kommune Deutschlands;
- fordert, den Aufenthaltswünschen von Jugendlichen in der gesamten Bandbreite Rechnung zu tragen, sowohl in Bezug auf Innenstadtnähe als auch die Prüfung einer zeitweisen Öffnung von öffentlichen Plätzen und Räumen oder in öffentlichen Jugendzentren;
- fordert die Ergänzung bestender Sportanlagen und Freizeitflächen durch informelle Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten;
- fordert die Kommunen auf zu prüfen, wie die Sicherheit und Sauberkeit von Sportstätten, Bolz- und Kinderspielplätzen verbessert werden kann durch regelmäßige Kontrollen, die Vergabe einer Patenschaft, Müllentsorgung,



nahe Sanitäreinrichtungen und verweist im Hinblick darauf auf die Regelungen der DIN 18034;

- begrüßt die Schaffung von Modellprojekten und best practice Beispielen, durch die Jugendliche gestärkt werden, mit dem Ziel, innovative Ideen zu testen, bekannt zu machen und in die Fläche zu bringen.

### **Einbindung in sinnvolle Freizeitgestaltung**

Sinnvoll ist für Jugendliche nicht immer das, was Erwachsene darunter verstehen – und das ist auch in Ordnung so. Allerdings brauchen Jugendliche Rahmenbedingungen, die sie bei der Gestaltung ihrer Freizeit unterstützen. Hier sind Politik und Zivilgesellschaft am Zuge, Jugendliche im Wege der Partizipation und der Gestaltung von Freizeitangeboten, Aktionsflächen und Sportstätten einzubeziehen. Außerdem ist das Thema ehrenamtliches Engagement in diesem Kontext ein wichtiges Schlüsselwort. Laut dem Freiwilligenurvey von 2009 sind 42 Prozent der 14- bis 24-Jährigen in Vereinen, Verbänden und sozialen Projekten engagiert, weitere 35 Prozent sogar in verantwortlicher Position. Hauptbetätigungsfelder sind Sport und Bewegung, Jugendzentren, Kirche, Kultur, Musik, Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste, außerdem soziale oder kommunale Projekte. Zentral ist dafür die Nähe zum persönlichen Umfeld. Durch diesen Einsatz leisten sie einen wertvollen Beitrag zu einem gelingenden Miteinander. Außerdem profitieren sie persönlich im Hinblick auf Menschenkenntnis, Toleranz, politisches Interesse, lernen den Umgang mit Konflikten und steigern ihre Sozialkompetenz.

70 Prozent aller Engagierten haben vor ihrem 30. Lebensjahr damit begonnen – Engagement wird früh gelernt. Daher lohnt es sich, Kindern und Jugendlichen Wege zum Ehrenamt aufzuzeigen und sie darin zu bestärken. Ebenso wichtig ist die Schaffung einer Anerkennungskultur, durch die Einsatz sichtbar wird. Jugendlichen kommt dabei entgegen, dass neben langfristigem Engagement die Möglichkeiten für zeitlich begrenzte und projektbezogene Aktivitäten steigen.

Während sich laut der 16. Shell-Jugendstudie nur 22 Prozent der Jugendlichen aus bildungsfernen Familien ehrenamtlich engagieren, sind dies bei Jugendlichen aus bildungsnahen Familien 50 Prozent. Dabei stellt ehrenamtliches Engagement eine Bildungschance dar und kann gerade für Jugendliche, die sozial oder aufgrund ihres Migrationshintergrundes Ausgrenzung erleben oder erlebt haben, Anerkennung und die Bestätigung, gebraucht zu werden, mit sich bringen. Außerdem ist die Erfah-



rung, dass ihnen die Gesellschaft etwas zutraut, wichtig für die Integration.

Die Kinderkommission:

- unterstreicht die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und fordert, sie früh an das Ehrenamt heranzuführen und dazu Engagementförderung in Schulen und Kitas zu bringen;
- fordert eine Verbesserung der Anerkennungskultur gerade für Kinder und Jugendliche und setzt sich für eine Kategorie „junges Engagement“ beim Deutschen Engagementpreis ein;
- fordert darüberhinaus die Länder und Kommunen auf zu prüfen, wie sie den ehrenamtlichen Einsatz speziell von Kindern und Jugendlichen fördern und anerkennen kann;
- fordert, Engagementförderung zum Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern zu machen;
- fordert die Nutzung sogenannter sozialer Netzwerke, neuer Medien und Methoden, um das Interesse von Jugendlichen zu wecken, Informationen zu verbreiten und Projekte und Beteiligte zu vernetzen;
- spricht sich für eine Stärkung der Partizipation, z. B. in Form von Jugendparlamenten, Jugendhilfeausschüssen und -initiativen aus und fordert die Kommunen auf, die Einrichtung weiterer Kinder- und Jugendparlamente zu prüfen;
- fordert die Bundesländer auf, die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendparlamente, die deren Gründung und Arbeit begleiten, zu prüfen;
- fordert die zivilgesellschaftlichen Akteure auf, bei ihren Angeboten vermehrt Jugendliche aus bildungsfernen Familien und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Blick zu haben;
- begrüßt die Kooperation und Unterstützung kommunaler Projekte mit privaten Partnern und Spendern und spricht sich für eine Stärkung solcher Kooperationen aus.

Damit Jugendliche ihre Freizeit als „freie Zeit“ erleben, brauchen sie Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten. Die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen, ist Aufgabe der Verantwortungsträger auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Jugendliche brauchen die Möglichkeit, ihre Potentiale zu entfalten. Sie wollen ihre Kompetenzen einsetzen und erweitern, Verantwortung übernehmen und gestalten. Es gibt sehr gute Ideen und Projekte, die den Erfolg solcher Arbeit zeigen. Diese Beispiele müssen Schule machen, damit sich diese Ressourcen und das jugendli-



che Streben nach Autonomie konstruktiv entfalten. Davon profitieren Jugendliche ebenso wie die gesamte Gesellschaft.

A handwritten signature in black ink that reads "Nicole Bracht-Bendt". The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.

Nicole Bracht-Bendt, MdB